

Bildende Kunst in Zeiten der Krise

Stellungnahme zur Lage der Bildenden Kunst in Berlin



Fachgruppe Bildende Kunst



Landesbezirk
Berlin-Brandenburg Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bildende Kunst in Zeiten der Krise

Stellungnahme zur Lage der Bildenden Kunst in Berlin

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di im Landesbezirk Berlin Brandenburg hat in den vergangenen drei Jahren Gespräche mit den wirtschafts- und kulturpolitischen Sprechern aller Abgeordnetenhausfraktionen geführt und ihre Analysen und Vorschläge vorgestellt.

Die Tatsache, dass die Bildende Kunst unter wirtschaftlichen und kulturpolitischen Fragestellungen diskutiert wurde, erwies sich nicht nur als ein Novum. Die Gespräche dienten der gegenseitigen Verständigung. Das verband sich für die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di mit der Hoffnung, dass aus dieser Diskussion praktische Konsequenzen folgen werden.

Das Echo war insofern positiv, als man uns nicht nur anhörte, sondern unsere Vorschläge und Initiativen durchweg von allen Fraktionen begrüßt wurden. Einige Vorschläge wurden von Fraktionen in Form von Initiativen, Anfragen usw. eingebracht.

Aber zur Bilanz gehört auch festzustellen, dass sich in dieser Zeit die Situation für die Künstlerinnen und Künstler verschlechtert hat. Auch ein wirklicher Wandel in der Politik hat sich nicht feststellen lassen.

Ausgangspunkt war die Anhörung des Wirtschaftsausschusses im Jahre 2007 zur Lage der Bildenden Kunst. Schon damals wurde der Widerspruch zwischen dem Boom auf dem Kunstmarkt einerseits und der prekären Lage der Künstler und Künstlerinnen andererseits deutlich. Wir haben schon damals festgehalten, dass das Handeln des Landes aber auch der Bezirke diesen Widerspruch verschärft, anstatt ihm entgegenzutreten.

„Kunst ohne Künstler“ – also die Förderung von institutionellen Vertretern der Kunst (wie Museen, Galeristen usw.) und die gleichzeitige „Nicht“-Förderung der Künstler scheinen die Wirtschaftspolitik Berlins zu prägen. Klaus Brennecke vom Landesverband der Berliner Galerien hat diese Orientierung ausdrücklich sogar eingefordert.¹ Staatssekretär Volkmar Strauch hat es auch ausformuliert: „Wir fördern indirekt den Käufer, den Vermittler, den Händler, die Galerie, weil der Künstler selbst viel schwieriger zu fördern ist.“² Dass damit die große Mehrheit der bildenden Künstlerinnen und Künstler von einer Förderung ausgeschlossen wird, wird entweder nicht registriert oder billigend in Kauf genommen.

Unbestritten war in der Diskussion im Wirtschaftsausschuss, dass Berlin in den letzten Jahren zu einer internationalen Metropole der Bildenden Kunst aufgestiegen ist. Diesen Ruf wird Berlin ganz schnell verlieren, wenn es nicht mit dem Ziel investiert, die bildenden Künstler und Künstlerinnen in Berlin selbst zu fördern.

Gotthard Krupp

¹ Wortprotokoll WitechFrau 16/9; S.4 und S.19

² Wortprotokoll WitechFrau 16/9; S. 20

Fachgruppe Bildende Kunst
ver.di-Landesbezirk Berlin Brandenburg

Bildende Kunst in Zeiten der Krise

Stellungnahme zur Lage der Bildenden Kunst in Berlin

Inhalt

1. Für die Freiheit der Kunst als eine „Suche ohne Ziel“ S. 3
2. Kunstmarkt & Spekulation in Zeiten der Krise S. 4
3. Ein Ruf lässt sich schnell verlieren: Zur Situation der Bildenden Kunst in Berlin S. 6
4. Aktionsprogramm für die Bildende Kunst in Berlin S. 8

1. Für die Freiheit der Kunst als eine „Suche ohne Ziel“

Ohne auf alle Fragen und Probleme der Freiheit der Bildenden Kunst einzugehen, möchte die Fachgruppe betonen, dass es sich bei der Bildenden Kunst um eine „Ware“ mit einem besonderen Charakter handelt. Bildende Kunst ist auf der Suche, ohne das Ziel, die Richtung oder einen möglichen Nutzen beschreiben zu können. Die Bildende Kunst, die Neues und Unbekanntes schafft, ohne vorweg von einer möglichen Anwendung auszugehen oder das zu wollen, könnte man mit der evolutionären Entwicklung des Denkens der Menschheit parallel setzen. Sie ist verbunden mit der Entfaltung der Zivilisation an sich. Bildende Kunst nimmt durchaus einen gesellschaftlichen Auftrag wahr, auch ohne, dass sie vorab auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet sein muss, noch zweckgerichtet ist. Sie muss sich frei, unabhängig, schöpferisch entwickeln können. Sie wird Risiken eingehen.

Bildende Kunst könnte man vielleicht vergleichen mit der wissenschaftlichen Grundlagenforschung, die auch nicht ihre zukünftige Vermarktung im Blick haben sollte, deren wissenschaftliche Zieldefinitionen sich vielmehr einer vorgegebenen Vermarktungsstrategie entziehen. Der Sinn der wissenschaftlichen Grundlagenforschung wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber bei der Kunst wird dieser Suchprozess als „Luxus“ angesehen.

Kann die Gesellschaft auf Kunst verzichten?

Der Staat ist vom Grundgesetz zur Förderung von Kunst verpflichtet, mit dem Ziel, allen Künstlern und Künstlerinnen ein unabhängiges Arbeiten zu ermöglichen – nicht zur Förderung eines für den Staat selbst rentablen Wirtschaftsmarktes oder von genehmer Staatskunst. Das war die Konsequenz, die u.a. aus den Erfahrungen mit dem Faschismus gezogen wurde.

Deshalb hat das Grundgesetz in Artikel 5 die „Freiheit der Kunst“ ausdrücklich betont. Die künstlerische Tätigkeit muss, um sich wirksam entfalten zu können, sowohl frei von politischer, ideologischer und staatlicher Bevormundung, aber auch frei von Entwicklungen auf dem Kunstmarkt sein. Es ist auch nicht die Aufgabe von Kunst, für große Wirtschaftsunternehmen die Basis für eine „Corporate Identity“ zu bilden. Allein diese z.T. vertretenen Vorstellungen zeigen ein großes Missverständnis von den Aufgaben der Kunst auf.³

Aber das gilt auch für den politischen Raum. Kunst als freundliches Beiwerk für politische Events zu verstehen, zeugt von einem eklatanten Unverständnis. Kunst darf nicht politischen Zielen untergeordnet werden, auch nicht im Namen von „Völkerverständigung“ oder des „Friedens“.

Dass Kunst das in der Folge tut, ist eine andere Frage.

So ist es kein Zufall, dass der Abschlussbericht „Wert der Kunst“ im Reuterkiez, Neukölln, feststellt: „Die Förderung von Kunst ist zunehmend an einen instrumentellen Nutzen gebunden: ‘Kunst, um zu’. Die Kunstförderung für die ‘Kunst an sich’,... findet weniger statt.“⁴

Um es deutlich auszusprechen: Die Produktion von Kunst selber braucht die Respektierung ihrer Freiräume, die die Kulturpolitik zu gewährleisten hat.

Die Fachgruppe möchte darauf hinweisen, dass das Bewusstsein über diesen besonderen Platz der bildenden Kunst schwindet und die Defizite ständig wachsen. Wenn wir uns die Lage der meisten Künstler und Künstlerinnen in Berlin ansehen, können wir festhalten, dass die materielle Grundlage für die Entfaltung der Freiheit der Kunst bedroht ist und damit die Kunst selber in dieser Gesellschaft in Frage gestellt wird.

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di Berlin verkennt nicht, dass die Künstlerinnen und Künstler dabei nicht stehen bleiben dürfen, Kunst zu schaffen. In einem zweiten Schritt geht es nach der Produktion der Kunst um den Dialog von Kunst mit der Gesellschaft. Eine Kunstproduktion, die in den eigenen vier Wänden bleibt, wird sinnlos, wenn sie nicht den Weg ins Leben, in die Gesellschaft, ja sogar in den Alltag der Menschen sucht.

³ Wortprotokoll WitechFrau 16/9; z.B. von Herrn Werner Tammen; S. 15

⁴ Melanie Fasche, Dr. Marco Mundelius: Wert der Kunst im Reuterkiez, Neukölln; Berlin im März 2010

Dazu gehört auch – die Betonung liegt auf dem Wort „auch“ – die Gestaltung von Vermarktungsräumen. D.h. der Künstler tritt mit seinem „Produkt“ als ein normaler Selbstständiger auf, der auch so behandelt werden will. Er will ein „Produkt“, welches zweifellos auch einen Warencharakter hat, auf dem Markt vertreiben. Das geschieht über den Kunstmarkt, der einen besonderen Charakter hat.

2. Kunstmarkt & Spekulation in Zeiten der Krise

Bildende Kunst eignet sich als originäres Spekulationsobjekt zur Profitmaximierung. Ähnlich der Aktie oder anderer Instrumente der Finanzspekulation löst sich auch die Bildende Kunst von der Produktion und verliert ihren Charakter als ein – wenn auch besonderes – „Gebrauchsgut“. Als Spekulationsobjekt gesehen, resultiert der Gewinn nicht aus dem Wert, den die Gesellschaft dem Bild, dem Kunstwerk zuspricht, sondern aus der Vorstellung, dass es einen vermeintlichen Wertgewinn produzieren könnte.

Im Kapitalismus war das immer so. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschrieb Julius Meier-Graefe die Absurdität des Kunstmarktes treffend und kam zu dem Schluss: „Wenn etwas zum Anarchismus reizen kann, ist es das Bewusstsein, dass die größten Künstler im größten Elend schaffen, damit nach ihrem Tod ein paar Händler daran reich werden und ein paar Fanatiker sie in versperrte Lagerräume stellen“, um ihren „Wert“ in der Spekulation hochzutreiben. Bei Meier-Graefe finden wir auch den treffenden Vergleich zu den Wertpapieren: „Die Bilder werden zu Wertobjekten.“

Das Neue der vergangenen Jahre besteht darin, dass sich viele Kunstmanager, -verwalter, -politiker, -sammler in dieser absurden Welt wohl fühlen. Sie entscheiden sich „wie auf dem Aktienmarkt...“, so Katja Blomberg, Leiterin des renommierten Museums Haus am Waldsee: „Wer das Spiel durchschaut, braucht kaum noch auf das Werk zu schauen.“ Inzwischen sind auch viele Kulturpolitiker der Meinung, dass es egal ist, wofür in der Kultur investiert wird.

Demnach ist es egal, ob mit einem Artforum der Spekulationsmarkt bedient wird oder mit einer freien Messe der Künstlerinnen und Künstler die gesamte kunstinteressierte Bevölkerung erreicht wird.

Mit der Weltwirtschaftskrise erleben wir, wie die Jagd nach immer höherer Rendite in der Spekulation die gesamte Wirtschaft in den Abgrund zieht. Das drückt sich auch auf dem Kunstmarkt aus. Banken haben begonnen, moderne Kunstwerke als Sicherheiten für Kredite zu akzeptieren. Allerdings führte die Spekulation mit Kunst zu einem enormen Konzentrationsprozess. Weltweit waren es letztlich 30 bis 40 zeitgenössische Künstler, die mit ihren Werken die globalen Geldeliten bedienten. Die Gruppe der reichen Sammler, die mehr als 100.000 Dollar für ein Kunstwerk ausgeben, macht freilich gerade mal zwei Prozent der Transaktionen aus. Sie strahlten jedoch auf den allgemeinen Kunstmarkt aus.

Glaubt man Presseberichten aus aller Welt, scheint allerdings der Boom auf dem internationalen Kunstmarkt ebenfalls einer Krise gewichen zu sein. In Deutschland ging der Umsatz bereits zwischen 2003 und 2006 um 23 Prozent zurück, hochpreisige deutsche Kunst ist freilich auf dem internationalen Markt immer noch erfolgreich. So schreibt die Kunstberaterin eines internationalen Konzerns, Piroshka Dossi: „Doch die global gehandelte Kunst macht bestenfalls 10 Prozent der Kunstproduktion aus. Die übrigen 90 Prozent befinden sich auf dem sinkenden Schiff einer nachlassenden Binnenachfrage.“ Der Abstand wird noch viel, viel größer sein.

Dieser internationale Kunstmarkt definiert heute mehr denn je, was Kunst ist und wer diese Kunst repräsentiert. Museen, mit einem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Anspruch verbunden, haben immer weniger einen eigenen und unabhängigen Platz und unterwerfen sich völlig diesem Kunstmarkt. Das ist ein in sich zerstörerischer Prozess.

Staatliches Handeln muss diesem Prozess entgegentreten. Durch die Zerrüttung der Öffentlichen Haushalte ist aber das genaue Gegenteil zu erwarten. Die Künstlersozialkasse (KSK), ermäßigter Mehrwertsteuersatz, die Kulturförderung insbesondere in den Kommunen, alles steht auf dem Prüfstand. Und die Prüfung wird heißen, wir können nicht mehr. Das wird nicht nur für die Kultur, sondern auch für die Bildung, die öffentliche Daseinsvorsorge und alle Sozialsysteme gelten. Die Milliarden sind bei den Banken, bei den Konzernen, verschwunden.

Wir halten fest: Kunst dient der Entwicklung der Gesellschaft in ihrer – und das sei betont – eigenen Art und Form.

Der DGB-Bundeskongress im Mai 2010 hat in einem einstimmig gefassten Beschluss noch einmal darauf hingewiesen:

„Die Freiheit der Künste ist unverzichtbare Voraussetzung für einen demokratisch verfassten Staat und die Gesellschaft. Der mit der Nutzung der Kunstfreiheit mögliche gesellschaftliche Mehrwert wird nur geringe Entfaltungsmöglichkeiten haben, wenn sich die soziale und rechtliche Absicherung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Autoren und Künstlerinnen und Künstlern weiterhin bedrohlich verschlechtern. Die Teilhabe aller Bürger an Kunst und Kultur wird durch Reduzierung oder Streichung von öffentlichen Mitteln für Kultur bei gleichzeitiger Erhöhung der Nutzerpreise weiter eingeschränkt. In Zeiten wachsender Verarmung vieler Bürgerinnen und Bürger dürfen kulturelle und soziale Belange nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielfältige Kulturangebote und -leistungen müssen gerade in Zeiten der Krise für alle gewährleistet werden.“

Entsprechende Forderungen hat der DGB verabschiedet:

- Kultur als Pflichtaufgabe im Grundgesetz, in den Landesverfassungen und auf kommunaler Ebene zu verankern;
- eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, einer gesetzlich verankerten Kultur- und Bildungspflicht nachzukommen;
- die Überprüfung von Gesetzen und Verordnungen sowie aller öffentlichen Vorhaben auf ihre Vereinbarkeit mit den besonderen Bedingungen des Kulturbetriebs und des künstlerischen Schaffens;
- die Privatisierung von öffentlichen Kunst- und Kultureinrichtungen zu beenden und zurückzuführen;
- den Erhalt und Ausbau von Bibliotheken, Artotheken und kommunalen Musik- und Kunstschulen;
- den Ausbau künstlerischer und musischer Erziehung an öffentlichen Schulen;
- eine stärkere finanzielle Beteiligung der Länder und Kommunen an der kommunalen Breitenkulturarbeit mit dem Ziel einer Drittelfinanzierung durch Länder, Kommunen und Nutzer;
- den Erhalt und die Weiterentwicklung der Theater, die Einbeziehung der Kinder- und Jugendtheater in öffentliche Trägerschaft sowie die Förderung freier Theater und Theatergruppen;
- die Verabschiedung eines Gesetzes für ein »Künstlergemeinschaftsrecht« und die Entwicklung neuer gesetzlicher Regelungen zur Altersabsicherung von Künstlerinnen und Autoren;
- die Absicherung von Ausstellungsvergütungen im Urheberrechtsgesetz;
- gesetzliche Regelungen der mit der Digitalisierung verbundenen Folgen im Interesse der Urheberinnen und Urheber sowie Leistungsschutzberechtigten;
- die Verbesserung und den Ausbau des Künstlersozialversicherungsgesetzes, z. B. über die Künstlersozialabgabe finanzierte Zahlung eines Krankengeldes vom ersten Tag der Krankheit an;
- Nothilfefonds des Bundes und der Länder für in Not geratene Kultureinrichtungen und freie Träger der Kulturarbeit;

Vor diesem Hintergrund möchte die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di Berlin ausdrücklich die Freiheit der Kunst betonen. Alle kulturpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen unterliegen damit letztendlich dem Kriterium, inwieweit die Entfaltung der Freiheit der Kunst anerkannt und gefördert wird.

3. Ein Ruf lässt sich schnell verlieren:

Zur Situation der Bildenden Kunst in Berlin

Wie schon eingangs erläutert, zeichnet sich die bisherige Wirtschafts- und Kulturpolitik als eine primär institutionelle Förderung von Kunst aus. Dahinter verbirgt sich eine unklare Analyse der Lage der Situation der bildenden Künstler und Künstlerinnen und ihren Vermarktungsbedingungen bzw. -strategien.

Der **Kulturwirtschaftsbericht 2005** der Senatoren für Wirtschaft und Kultur ist davon geprägt. In der sogenannten Wertschöpfungskette des Kulturwirtschaftsberichts wird zwar der Bildende Künstler am Anfang der Kette noch genannt, doch dann geht es nur noch um Galerien und Auktionshäuser, die den Kunden die Bilder vermitteln.⁵ Doch das entspricht nicht der Realität. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat gestützt auf eine Umfrage unter Berliner Künstlerinnen und Künstler deutlich gemacht, dass die meisten Berliner Künstlerinnen und Künstler Produzent und Vermarkter ihrer eigenen Werke sind.⁶ Mit der im Kulturwirtschaftsbericht 2005 dargestellten Wertschöpfungskette entschwinden zwischen 70 und 90% der Künstler und Künstlerinnen aus dem Blickfeld der politischen Entscheidungsträger. Ob das eine bewusste politische Entscheidung ist, können wir nicht sagen, die Antwort des Staatssekretärs Volkmar Strauch lässt dies zumindest vermuten.⁷

Der **Kulturwirtschaftsbericht 2008** des Landes Berlin wartet im schmaleren Kapitel zur Bildenden Kunst mit zwei neuen Erkenntnissen auf:

- „Im Zentrum des Kunstmarktes stehen die Bildenden Künstlerinnen und Künstler, zu denen neben Galerien (!) u.a. Maler, Bildhauer und Installationskünstler gehören.“ (S. 51) Wer hätte das gedacht. Für Kunst braucht es tatsächlich – man achte auf das „u.a.“ – „Maler, Bildhauer und Installationskünstler.“⁸
- „60% der Bildenden Künstlerinnen und Künstler gaben in einer DIW-Befragung an, sich in Produzentengalerien oder Internetplattformen selbst zu vermarkten.“⁹ Nun im Bericht des DIW heißt es, dass 60% der Bildenden Künstler den Verkauf „über das eigene Atelier organisieren“. Auf die Tatsache, dass die meisten Künstler sich selbst vermarkten, hat die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di in Gesprächen mit den Abgeordneten und der Senatsverwaltung immer hingewiesen. Umso dankbarer sind wir, dass sich diese Erkenntnis, wenn auch nicht vollständig, nun sogar bis zur Senatsverwaltung herumgesprochen hat. Aber man darf den Zynismus nicht überlesen, wenn es im Bericht heißt: „d.h. ein hoher Prozentsatz agiert unabhängig und nimmt dafür Umsatzeinbußen in Kauf.“ Als ob es eine freie Entscheidung wäre. Aber lesen wir weiter: „Möglicherweise liegt auch deshalb das durchschnittliche Einkommen bei Kunstschaffenden im unteren Drittel der Einkommensklassen in Berlin.“ Kurz, die Künstler sind an ihrer Armut selber schuld.

Bisher konnte man immer der Meinung sein, dass eine falsche Analyse eine falsche Politik nach sich zieht und aus der tatsächlichen Erfassung der Realität eine neue Politik folgen wird. Der Senat beweist aber in seinem Bericht trefflich, wie eine richtige Analyse verdreht werden kann, um die falsche Politik zu legitimieren.

⁵ *Kulturwirtschaft in Berlin*; S.74

⁶ *DIW Wochenbericht Nr. 22/2006*

⁷ *Wortprotokoll WitechFrau 16/9*; S. 19-21

⁸ *Kulturwirtschaft 2008*; S.51

⁹ *Kulturwirtschaft 2008*; S.54

So wird jeder enttäuscht, der erwartet hat, dass der Senat seine neue Erkenntnis in eine neue Wirtschaftsförderungspolitik gießt. Bei den im Bericht vorgestellten Projekten handelt es sich erneut um Beispiele der schon immer geförderten Projekte des spekulativen Kunstmarktes. Genannt wird das Art Forum und die darum organisierten verschiedenen Ausstellungen und Messen. „White Cube“ wird genannt und die diversen Internet-Plattformen und es wurde auch der Vorschlag des Landesverbandes Berliner Galerien aufgenommen, einen Fonds „Bildende Kunst“ zur Stimulierung des Kunstkaufs, „mittels spezieller Darlehen“, zu schaffen.

An der Realität der meisten Bildenden Künstler geht so der Kulturwirtschaftsbericht erneut vorbei. Aber diese politische Praxis hat noch eine weitere problematische Folge: die Konzentration liegt gerade auf dem Teil des Kunstmarktes, der besonders spekulativ ist. Es zeigt sich hier, dass eine falsche wirtschaftspolitische Analyse eine problematische kulturpolitische Orientierung direkt nach sich zieht. Die 70 bis 90% Künstler und Künstlerinnen, die ihre Werke nicht über Galeristen usw. vertreiben, gehören dennoch nicht nur zum Kunstmarkt, sondern repräsentieren durch ihren direkten Kontakt zu ihren Kunden gerade den Kunstbereich, in dem das spekulative Moment der Kunst eher gering ist. Um nicht falsch verstanden zu werden, es geht nicht darum, zu entscheiden, was gute und schlechte Kunst ist. Auch Kunst, mit der spekuliert wird, kann gute Kunst sein, aber es geht uns um die Ausblendung großer Teile der Kunst. Der Markt ist ein schlechtes Barometer zur Diskussion und Entscheidung über Kunst.

Kulturpolitisch ist es die Aufgabe des Staates, die Freiheit der Kunst zu garantieren. Eine Kulturpolitik, die sich allein als Ergänzung des Kunstmarktes versteht, hat ihre Aufgabe und Rolle gründlich missverstanden.

Dagegen ist es die Aufgabe einer wirtschaftspolitischen Förderung, die bildenden Künstler und Künstlerinnen als selbstständige „Produzenten“ zu verstehen und ihre Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten positiv zu gestalten.

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di teilt die in der Diskussion im Wirtschaftsausschuss von verschiedenen Seiten vorgebrachte Meinung,

- dass der Kunstmarkt boomt, die Kunstszene in Berlin wächst,
- dass das Interesse an Bildender Kunst außerordentlich gewachsen ist,
- dass die Bildende Kunst damit ein wichtiger Faktor für die Ausstrahlung Berlins in der Welt bildet.

Kurz: die Bildende Kunst selber ist ein wichtiger kultureller, politischer und wirtschaftlicher Faktor für Berlin.

Krass steht dem gegenüber die soziale Lage der Berliner Künstlerinnen und Künstler. 90% der in Berlin lebenden Künstler und Künstlerinnen verdienen maximal bis zu 18.000 Euro€im Jahr, davon sind allenfalls 11.000 Euro€pro Jahr aus künstlerischen Tätigkeiten. Die Abhängigkeit vieler Künstler und Künstlerinnen von Arbeitslosengeld II, von familiärer Unterstützung oder Nebenjobs zeigt, wie schwierig die soziale Lage der Künstler und Künstlerinnen ist.

Machen wir uns nichts vor: Ohne Künstlerinnen und Künstler wird es keinen expandierenden Berliner Kunstmarkt geben und ohne die Arbeit und Vorleistung der Berliner Künstlerinnen und Künstler wird es keine Bildende Kunst in Berlin geben.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich eine solche Lage auch auf dem Kunstmarkt und seine Strahlkraft für Berlin niederschlagen wird. Berlin lebt, wie in vielen anderen Bereichen, auch hier von der Substanz.

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di ist der Auffassung, dass ein schnelles Handeln der politischen Entscheidungsträger und aller Verantwortlichen notwendig ist, um zu verhindern, dass der von Berlin erworbene Ruf als Kunstmetropole verloren geht.

4. Aktionsprogramm für die Bildende Kunst in Berlin

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di will im Folgenden kein fertiges Programm vorstellen, sondern nur Elemente für eine Diskussion liefern. Die Fachgruppe schlägt gleichzeitig vor, dass alle Beteiligten ihre Anstrengungen darauf ausrichten, innerhalb kürzester Zeit zu einem umfassenden Aktionsprogramm für die Bildende Kunst zu kommen.

Wir verkennen nicht, dass es schon bisher eine Reihe kulturpolitischer Elemente zur Förderung der Bildenden Künste gibt. Dazu zählen das **Atelierförderungsprogramm**, die **Katalogförderung**, die **Druckwerkstatt Bethanien**. Sie zu sichern und auszubauen, setzen wir als politisches Ziel voraus.

Wir weisen darauf hin, dass insgesamt nur **ca. 2% des Kulturetats** für die Bildende Kunst zur Verfügung gestellt werden.

So droht das Fehlen sämtlicher **Einkaufsetats** für Neuanschaffungen für die Berliner Museen dazu zu führen, dass es demnächst keine zeitgenössische Kunst – außer der auf dem Weltmarkt etablierten – mehr in den Museen geben wird. Private Sammler werden entscheiden, was anerkannte zeitgenössische Kunst ist, d.h. die zu erwartenden Renditeerlöse werden im Vordergrund stehen. Damit gibt der Staat seinen Auftrag ab, allen Künstlerinnen und Künstlern in ihrer schöpferischen Vielfalt eine unabhängige Arbeit zu ermöglichen, ohne einer gerade besonders bevorzugten „Moderichtung“ (aus Spekulationsgründen) zu folgen.

Unter diesem Aspekt ist auch die fehlende **Kunsthalle** der Berliner Kunst, in der die Berliner Künstlerinnen und Künstler, auch ohne durch eine Galerie vertreten zu sein, ausstellen können, ein ungeöstes Problem. Das hat schon und wird auch langfristig weitreichende negative Folgen haben. Die Zwischenlösung „White Cube“ wirft für uns mehr Fragen als Antworten auf.

Noch notwendiger zeigte sich aber auch, wie sehr Berlin eine Diskussion über die Art und Weise, wie eine Kunsthalle zu gestalten sei, braucht. Wird eine neue Kunsthalle ein Element für die Entfaltung der Freiheit der Kunst sein, oder nur ein weiterer Ort, der als Durchlauferhitzer für den spekulativen Kunstmarkt dient!

Was Berlin nicht braucht, sind noch mehr Orte, die den Verwertungsstrategien von sogenannten „Kunstinvestoren“ unterworfen sind. Das muss sich auch in einem pluralistischen Ansatz ausdrücken.

Was Berlin braucht, ist eine Kunsthalle des Dialogs, der Freiheit der Kunst verpflichtet, also eine unabhängige, pluralistisch ausgerichtete und demokratisch organisierte Kunsthalle.

Deshalb setzt sich die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di für eine Kunsthalle ein, die vom Land Berlin verantwortet, mit einem Etat versehen und ausfinanziert ist. Wir wollen eine Kunsthalle, die demokratisch, d.h. unter Beteiligung der Interessensvertretungen der Künstlerinnen und Künstler organisiert wird. Ein entsprechender Beirat muss das inhaltliche und organisatorische Zentrum dieser Kunsthalle sein.

Nur so wird eine Kunsthalle entstehen, die einen pluralistischen Ansatz verfolgt und ein erstes Korrektiv zum spekulativen Kunstmarkt darstellt.

Eine Kunsthalle muss das Werk der Berliner Künstlerinnen und Künstler sein.

Der kulturpolitische Handlungsbedarf ist also sehr groß und wird uns in Zukunft weiter beschäftigen. In unserer Stellungnahme wollen wir uns aber auf den wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf konzentrieren.

Die Bildenden Künstlerinnen und Künstler als Selbstständige

Wie wir mehrfach gesagt haben, ist der Bildende Künstler bzw. die Bildende Künstlerin, von denen die meisten ihre Produkte selber vermarkten, auch unternehmerisch als Selbstständige tätig.

Deshalb müssen für sie die normalen **Förderprogramme für Selbstständige und Klein- und Mittelbetriebe** gültig sein.

Das beginnt mit Existenzgründerseminaren bzw. Professionalisierungskursen, Existenzgründerzuschüssen bzw. – Krediten, mit Überbrückungskrediten bis hin zu Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, ähnlich jenen für Klein- und Mittelbetriebe.

Sicher ist es richtig, diese Programme mit den Künstlerverbänden gemeinsam anzupassen. Der Hinweis, den wir von verschiedenen Abgeordneten erhalten haben, dass die schon bestehenden Existenzgründerseminare auch für KünstlerInnen offen stehen, reicht sicherlich nicht aus, da es darum geht, sich mit den spezifischen Problemen des „Produktes“ und seiner Vermarktung auseinander zu setzen.

In den Diskussionen wurden wir immer wieder darauf hingewiesen, dass dies selbstverständlich ist. So sei auch das **Mikrokreditprogramm der IBB** eine Antwort darauf. Die Antwort der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen auf eine Anfrage des Abgeordneten Ratzmann zeigt die ganze Problematik auf.¹⁰ So gab es 2008 589 Anträge für alle Bereiche der Selbstständigen und 2009 schon 921 Anträge auf Mikrokredite. D.h. die Anzahl der Anträge stieg um 56%. Ganz anders sah es bei den Bewilligungen der Anträge aus. Sie sanken von 233 auf 206 Mikrokredite (-12%). Auch das Volumen der bewilligten Mikrokredite sank von 2,375 Mio auf 2,215 Mio. Völlig absurd ist aber der Anteil davon für „Kunst, Unterhaltung, Erholung“ (schon die Zusammenstellung spricht für sich). Er lag bei 5%. Es handelt sich also um ca. 10 Mikrokredite. Also als ein wesentliches Instrument reichen sie nicht aus, selbst wenn wir nicht wissen, wie viele Anträge im Bereich der Kunst gestellt wurden.

Für Künstlerinnen und Künstler sind sicher Zuschüsse immer das bessere Mittel als verbilligte Kredite. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, die Kreditvergabe und die Rückzahlung, ähnlich dem Bafög, an die Einkommensentwicklung zu koppeln.

In der Diskussion wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Künstlerinnen und Künstler keinen **Wirtschafts- und Finanzierungsplan** aufstellen können.

Sicher gibt es dabei besondere Schwierigkeiten, aber wer professionell arbeiten will und von seiner Kunst leben muss, der muss seine materielle Grundlage planen und tut das auch. Ein Wirtschaftsplan ist mit größeren Risiken verbunden, aber genauso wie ein Werbeplan, ein Ausstellungsplan erarbeitet werden muss, kann ein Wirtschaftsplan mit Erfolgsprognose, ein Investitionsplan aufgestellt werden.

Die Diskussion muss hier versachlicht werden. Sicher gibt es ein Problem, dass Kurse oder Seminare zu diesen Fragen bisher zu wenig an den Ausbildungsstätten zur Verfügung gestellt werden.

Dazu gehört die Frage, ob die bisherigen **Messe-Förderungsprogramme** von Galeristen für Galeristen für Berliner Künstler geöffnet werden. Dies ist in zweierlei Hinsicht möglich:

- Einmal könnte eine **gemeinsame Plattform „Berliner Künstlerinnen und Künstler“** gebildet werden, die die auf Kunstmessen nicht durch Galerien vertretenen Berliner Künstler und Künstlerinnen auf den deutschen und internationalen Kunstmessen vertritt. Selbstverständlich hat Herr Klaus Brennecke recht, wenn er darauf verweist, dass es keine Messe gibt, auf der selbstständige Künstlerinnen und Künstler zugelassen werden.¹¹ Umso wichtiger ist es, die Mittel zu schaffen, die solches ermöglichen.
- Andererseits ist es so, dass selbstverständlich eine Reihe von Künstlerinnen und Künstlern eigene Ausstellungen außerhalb Berlins im In- und Ausland organisieren. Entsprechende **überregionale Absatzförderung für die Berliner Kunst** in Form von Unterstützung, von Ausstellungsbeiträgen

¹⁰ Drucksache 16/14 290

¹¹ Wortprotokoll WitechFrau 16/9; S. 19

gungen im In- und Ausland ist in jedem Fall sinnvoll. (z.B. für Transport-, Aufenthalts-, Reise- und Versicherungskosten, sowie Ausstellungskataloge)

- Auch im Rahmen von **Städtepartnerschaften** können das Land und die Berliner Bezirke den Austausch zwischen Künstler und Künstlerinnen bzw. Ausstellungen fördern oder sogar organisieren.

In der Diskussion erwähnten die Vertreter des Landesverbands Berliner Galerien, Herr Werner Tammen und Herr Klaus Brennecke, die Idee des **„Wirtschaftsfonds Bildende Kunst“**.¹² Diese „Idee“ bedarf einer Prüfung durch die Berliner Künstlerverbände. Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di ist an dieser Diskussion nicht beteiligt. Für uns stellt sich die Frage, ob dieser Fonds auch für Künstler und Künstlerinnen geöffnet werden kann?

In jedem Fall muss in diesem Zusammenhang auch die Frage einer **Zertifizierung der Galerien** überprüft werden. Damit würde die Landesregierung die Entwicklung von zwei Klassen von Galerien befördern. Daran haben auch die Künstler und Künstlerinnen kein Interesse.

Die von Frau Sabrina van der Ley vom Art Forum vorgeschlagene **„Förderfibel“**¹³ des Landes Berlin wäre sicher sinnvoll, wenn sie verbunden wird mit den Programmen für die selbständigen Berliner Künstler und Künstlerinnen.

Das „Handbuch Kulturförderung“ der SPD-Fraktion ist sicherlich ein richtiger Ansatz, zeigt aber zugleich, wie wenige Möglichkeiten es für Künstlerinnen und Künstler gibt, Fördergelder zu beantragen.

Ausstellungsvergütung & Ausstellungshonorare

Der Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di ist sehr bewusst, dass die Frage der Ausstellungsvergütung auf bundespolitischer Ebene gelöst werden muss. Das Land Berlin könnte aber in dieser Frage im Bundesrat initiativ werden.

Bei der Frage der Ausstellungshonorare kann das Land sichern, dass ein Ausstellungshonorar gezahlt wird. Das gilt für Ausstellungen auf Landes- wie Bezirksebene und muss auch bei der Beantragung von Fördergeldern möglich sein.

Messe Berliner Künstler und Künstlerinnen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung schlägt in ihrem Wochenbericht vor, zu überlegen, ob nicht die **„Promotion neuer Ausstellungsformate“**¹⁴ zu überprüfen sei. Eine Vielzahl von Möglichkeiten fallen dabei ein. Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di schlägt vor, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und den Künstlerverbänden hier eine Diskussion zu entwickeln.

Die erste und einfachste Form wirtschaftspolitischer Instrumente ist die Ausrichtung einer **„Messe der Berliner Künstlerinnen und Künstler“**. Neben dem Art Forum – und nicht in Konkurrenz sondern als Ergänzung zu ihm – wird eine solche Messe, richtig organisiert, ein wichtiger Impuls für die Bildende Kunst in Berlin sein.

Eine solche Messe wäre ein politisches Signal, das einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Kulturpolitik Berlins signalisieren würde. Eine solche Messe würde die Tradition der Freien Berliner Kunstausstellung fortsetzen, die 1970 gegründet und 1994 aufgelöst wurde. Die Wurzeln reichen bis in die Weimarer Republik zurück und haben den Kunststandort Berlin mit begründet.

Im Zentrum der bisherigen Überlegungen wurde sofort die Frage der Kostendeckung gestellt. Aber bevor diese Frage diskutiert wird, ist zu klären, ob es ein Potential für eine Messe der Berliner Künstlerinnen und Künstler gibt.

¹² Wortprotokoll WitechFrau 16/9; S. 2ff

¹³ Wortprotokoll WitechFrau 16/9; S. 6

¹⁴ DIW Wochenbericht 22/2006 S. 326

- Die Kunst für eine solche Messe existiert. Berlin kann auf ein großes Potential an professionell arbeitenden Künstler und Künstlerinnen zurückgreifen. Sicher werden nicht alle hohe Standmieten finanzieren können, aber es wird sich sicher eine soziale Gestaltung von Standmieten finden lassen. Kurz: Potential für eine Messe ist vorhanden. Es ist eher davon auszugehen, dass zu viel Kunst als zu wenig vorhanden ist. Ein Problem, das gelöst werden kann.
- Das Publikum für eine solche Messe ist auch vorhanden. Vielleicht kann über kurz oder lang noch mehr Berliner Publikum gewonnen werden, als man sich heute vorstellen kann.
- Eine solche Kunstmesse der Berliner Künstlerinnen und Künstler könnte sofort überregionale Anziehungskraft entfalten und sicherlich ein Echo im In- und Ausland finden.

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di ist überzeugt, dass das Potential und der Kunstmarkt dafür groß genug sind, um eine solche Messe erfolgreich zu installieren. Sicher wird es einigen Anlauf brauchen, aber das war bei der Installation des Art Forums auch der Fall.

Die entscheidende Frage ist, ob der politische Wille aller Beteiligten vorhanden ist.

In jedem Fall kann eine solche Kunstmesse nur dann funktionieren,

- wenn sie auf wenige Tage im Jahr beschränkt ist,
- wenn die Standkosten für die Künstlerinnen und Künstler finanzierbar sind,
- wenn der Ort und der Eintrittspreis so gewählt werden, dass auch ein breites Publikum Zugang hat,
- wenn sie in das Marketingkonzept des Landes Berlin eingefügt ist,
- wenn sie professionell vorbereitet und durchgeführt wird.

In der Diskussion spielte immer wieder eine große Rolle, ob man zwischen professionellen Künstlerinnen und Künstlern und Amateuren unterscheiden könnte. Es ist nicht so, dass es keine Unterscheidungskriterien gibt. Man kann den Zugang für Aussteller an folgende Kriterien binden:

Ausstellen kann, wer:

- eine berufliche Ausbildung
- oder Mitgliedschaft in der KSK
- oder einem der Künstlerverbände vorweisen kann.

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di plädiert dafür, dass eine ernsthafte Diskussion dazu begonnen wird. Der Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Februar 2009 sollte entsprechend ernsthaft aufgegriffen werden.¹⁵

Für eine wirtschafts- und kulturpolitische Konferenz der Bildenden Kunst in Berlin

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di schlägt zur Diskussion der anstehenden Fragen vor, eine Konferenz für die Bildende Kunst zu organisieren, auf der alle Beteiligten ihre Vorstellungen einbringen können – einschließlich der Künstlerinnen und Künstler und ihre Verbände.

Ziel der Konferenz muss die Erstellung eines Aktionsprogramms für die Bildende Kunst sein.

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 15.9.2010

Kontakt zur Diskussion:

Gotthard Krupp, Knesebeckstr. 98, 10623 Berlin

Tel. 31 31 659; Fax 31 31 662; GotthardKrupp@t-online.de

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied werden ab:

Ich war Mitglied der Gewerkschaft:

von _____ bis _____

Monat | Jahr _____ Monat | Jahr _____

Persönliche Daten

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße | Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat | dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

selbständig

freiberuflich

angestellt

Beschäftigt bei

Firma _____

PLZ _____ Ort _____

Tätigkeit _____

Werberin | Werber

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Belege

Meine haupt- bzw. nebenberufliche künstlerische Tätigkeit weise ich nach durch

- fachliches Können und die in den Aufnahmebedingungen hierüber geforderten Belege und Referenzen
- künstlerisches Studium von mindestens fünf Semestern und den darüber geforderten Beleg
- Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse und den entsprechenden Nachweis

Einzugsermächtigung

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftzugsverfahren

- monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich einzuziehen.

Name Geldinstitut | Filiale _____

BLZ _____ Konto-Nr. _____

Name Kontoinhaber _____

Datum _____

Unterschrift Kontoinhaber _____

Bruttoeinkommen/Jahr _____ EUR

Monatsbeitrag _____ EUR

Für Mitglieder im Beschäftigungsverhältnis beträgt der Monatsbeitrag ein Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Selbständige oder freiberuflich Tätige zahlen einen monatlichen Beitrag von einem Prozent ihrer Einkünfte aus Tätigkeiten im Organisationsbereich der **ver.di**. Berechnungsgrundlage ist der Durchschnitt der steuerpflichtigen monatlichen Einkünfte oder 75 Prozent der monatlichen Bruttoeinnahmen; ist so eine Beitragsberechnung nicht möglich, wird er auf mindestens 15 Euro festgesetzt.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Bildende Kunst in Zeiten der Krise

Stellungnahme zur Lage der Bildenden Kunst in Berlin



Impressum

Herausgeberin:
ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
Fachgruppe Bildende Kunst,
Fachbereich Medien, Kunst und Industrie,
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Text: Gotthard Krupp
Gestaltung und Umschlag:
bleifrei Medien + Kommunikation,
Jürgen Brauweiler
V.i.S.d.P.: Andreas Köhn